

# Stadt Heidelberg

Drucksache:

**0072/2023/IV**

Datum:

27.04.2023

Federführung:

Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Beteiligung:

Dezernat I, Referat des Oberbürgermeisters - Geschäftsstelle Sitzungsdienste

Betreff:

**Informationen zur Umsetzung eines  
Akademieprogramms zur Stärkung der politischen  
Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte**

## Informationsvorlage

Beratungsfolge:

<b>Gremium:</b>	<b>Sitzungstermin:</b>	<b>Behandlung:</b>	<b>Kenntnis genommen:</b>	<b>Handzeichen:</b>
Migrationsbeirat	10.05.2023	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	27.06.2023	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Gemeinderat	29.06.2023	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	

---

Drucksache:

**0072/2023/IV**

00348665.docx

...

**Zusammenfassung der Information:**

*Der Migrationsbeirat, der Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit und der Gemeinderat nehmen folgende Informationen des Amts für Chancengleichheit zur Umsetzung eines Akademieprogramms zur Stärkung der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte zur Kenntnis.*

**Finanzielle Auswirkungen:**

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
<b>Ausgaben / Gesamtkosten:</b>	
• keine	
<b>Einnahmen:</b>	
• keine	
<b>Finanzierung:</b>	
• keine	
<b>Folgekosten:</b>	
• keine	

**Zusammenfassung der Begründung:**

Menschen mit Migrationsgeschichte sind in politischen Gremien unterrepräsentiert. Um die politische Partizipation dieser Bevölkerungsgruppe zu steigern, ihre Repräsentation in politischen Gremien zu erhöhen und sie zur politischen Mitgestaltung durch Mitgliedschaft und Mitarbeit in den Parteien zu motivieren, hat der Heidelberger Migrationsbeirat in Zusammenarbeit mit dem Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA), dem Amt für Chancengleichheit und der Geschäftsstelle Migrationsbeirat ein Akademieprogramm mit verschiedenen Modulen entwickelt. Das Akademieprogramm wird aus Projektmitteln des Migrationsbeirats finanziert und dem Migrationsbeirat am 10.05.2023 zum Beschluss vorgelegt (Drucksache 0152/2023/BV).

## **Begründung:**

Die folgende Informationsvorlage nimmt Bezug auf den Antrag „Mehr Vielfalt im Gemeinderat: Kommunalpolitisches Mentoring-Programm für Menschen mit Migrationshintergrund“ (Antrag Nr.: 0028/2023/AN), Antragsteller Grüne, LINKE, Bunte Linke, HiB.

### **1. Ausgangssituation: Politische Partizipation der migrantischen Bevölkerung in Deutschland**

Vor dem Hintergrund des strukturellen Wandels durch die demographische Entwicklung kommt Deutschland als Einwanderungsland die Verpflichtung zu, diese Entwicklung auch in seinen politischen Systemen abzubilden und Barrieren in Hinblick auf die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte zu beseitigen.

Ein relevanter Baustein der politischen Beteiligung, nämlich die parteipolitische Integration von Migranten und Migrantinnen, ist bundesweit noch zu wenig erforscht. Eine explorative Umfrage des Politikwissenschaftlers Joris Frese, bei der Parteivertretende eine Schätzung des Anteils von Mitgliedern mit Migrationsgeschichte in ihren Kreisverbänden abgeben sollten, ergab, dass selbst bei der Interpretation der ermittelten Prozentwerte als Obergrenzen der wahren Werte (aufgrund der Verzerrung dieser Schätzungen durch soziale Erwünschtheit), keine einzige Partei auch nur annähernd an den bevölkerungsweiten Durchschnitt der Deutschen mit Migrationsgeschichte herankommt.

Auch die Unterrepräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte in den politischen Entscheidungsgremien auf Bundes- und Landesebene zeigt, dass der Rolle dieser wachsenden Bevölkerungsgruppe in der Legitimierung demokratischer Entscheidungsprozesse noch nicht hinreichend Beachtung geschenkt wird. So haben Recherchen des Mediendienstes Integration zufolge von den 154 Abgeordneten des baden-württembergischen Landtags, 15 Migrationsgeschichte, das sind 9,7 Prozent. Zum Vergleich: Im gesamten Bundesland haben 33,8 Prozent der Bevölkerung eine Migrationsgeschichte. Im Bundestag hat sich zwar der Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte gegenüber 2017 um rund drei Prozentpunkte auf 11,3 Prozent erhöht. Jedoch gibt es auch hier eine Lücke zum Anteil von 26 Prozent, den Menschen mit Migrationsgeschichte an der deutschen Gesamtbevölkerung ausmachen.

Zur politischen Partizipation von Heidelbergern und Heidelbergerinnen mit Migrationsgeschichte, etwa durch Parteimitgliedschaft oder Gremienbeteiligung, liegen bisher keine Daten vor. Nicht zuletzt aufgrund eines Bevölkerungsanteils von 35 Prozent in Heidelberg, was deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt, und vor dem Hintergrund der anstehenden Gemeinderatswahl im Frühjahr 2024, ist es daher von besonderer Relevanz, dass eine gesteigerte politische Partizipation der migrantischen Bevölkerung sichergestellt wird, damit kommunalpolitische Entscheidungen auf Dauer eine breite Anerkennung durch die Heidelberger Bevölkerung behalten.

Der Heidelberger Migrationsbeirat hat daher in Zusammenarbeit mit dem Amt für Chancengleichheit der Stadt Heidelberg, der Geschäftsstelle Sitzungsdienste des Referats des Oberbürgermeisters und dem Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg, kurzfristig ein Akademieprogramm entwickelt, das ergänzend wirken soll zu den Anstrengungen, die die Parteien in der gezielteren Ansprache von Menschen mit Migrationsgeschichte unternehmen müssen.

## **2. Zielsetzung des Akademieprogramms**

Durch Coaching, Workshops und gemeinsame Veranstaltungen sollen Menschen mit Migrationsgeschichte in Heidelberg dabei begleitet werden, sich ein vertieftes Verständnis demokratischen Entscheidungsprozesse anzueignen, die bestehenden Strukturen kennenzulernen und eigene Möglichkeiten der Mitgestaltung und Verantwortungsübernahme auf kommunaler Ebene zu entdecken.

Ziel dieses Programms ist es, Menschen mit Migrationsgeschichte gezielt demokratische Prozesse näher zu bringen und sie zur politischen Partizipation zu motivieren. Politische Strukturen sollen so für diese Bevölkerungsgruppe "nahbar" werden. Vorurteile gegenüber Politik und politischen Akteuren und Akteurinnen sollen abgebaut, dem Desinteresse an Teilhabe und Politik entgegengewirkt und somit das Demokratieverständnis gefördert werden. Politische Akteuren und Akteurinnen werden für die Belange dieser Zielgruppe ebenfalls sensibilisiert.

## **3. Ausgestaltung des Akademieprogramms**

In Zusammenarbeit der verschiedenen Kooperationspartner wurde ein Akademieprogramm entwickelt, das sowohl die enge Begleitung einer kleinen Gruppe von circa 20 Teilnehmenden durch Module der Wissens- und Praxisvermittlung vorsieht, als auch eine breitere Öffentlichkeit durch publikumswirksame Formate erreichen soll.

Da es in Hinblick auf die anstehende Gemeinderatswahl im Frühjahr 2024 notwendig ist, dieses Programm schnellstmöglich zu beginnen, wurde zuerst auf die konkrete Ausgestaltung und Finanzierung bis Jahresende fokussiert und auf die Expertise und langjährige Erfahrung des Landesverbands der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA) zurückgegriffen, der unter anderem Module aus seiner durch das Land geförderten Schulungsreihe zur Politischen Bildung beisteuert. Die Finanzierung der übrigen Module soll aus Mitteln des Migrationsbeirats gewährleistet werden, eine Beschlussfassung dazu ist in der Sitzung des Migrationsbeirats am 10.05.2023 beabsichtigt (vergleiche Drucksache 0152/2023/BV).

Für 2024 sind weitere Angebote innerhalb des Akademieprogramms vorgesehen. Die Details werden momentan ausgearbeitet und dem Migrationsbeirat im Herbst 2023 zur Entscheidung vorgelegt. Über den Umsetzungsstand des Akademieprogramms wird im Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit berichtet werden. Gleichzeitig soll geprüft werden, inwiefern eine Weiterentwicklung des Programms und eine regelmäßige Durchführung von Formaten der migrationssensiblen politischen Bildung in Heidelberg dem Ziel einer Steigerung der politischen Partizipation von Heidelbergern und Heidelbergerinnen mit Migrationsgeschichte dienlich sein könnten.

## **Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg**

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

<b>Nummer/n: (Codierung)</b>	<b>+ / - berührt:</b>	<b>Ziel/e:</b>
SOZ 2		<b>Ziel/e:</b> Diskriminierung und Gewalt vorbeugen <b>Begründung:</b> Mit dem finalen Ziel des Programms, nämlich, dass Menschen mit (familiärer) Migrationsgeschichte mehr politische Ämter bekleiden, wäre eine erhöhte (Selbst-)Repräsentation der Belange dieser Gruppe im öffentlichen Raum gewährleistet. Dies fördert auch den Abbau von Diskriminierung.
SOZ 3		<b>Ziel/e:</b> Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern <b>Begründung:</b> Durch die geplanten öffentlichen Veranstaltungen soll ein Fokus auf die Belange dieser Bevölkerungsgruppe gelegt werden, aber auch eine Sensibilisierung für die allgemeine Bevölkerung angeregt werden.
SOZ 12		<b>Ziel/e:</b> Selbstbestimmung gewährleisten <b>Begründung:</b> Das Programm stärkt direkt Menschen mit Migrationsgeschichte in ihrer politischen Teilhabe.

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

gezeichnet  
Stefanie Jansen